

Wohlstand statt Klima-Aktivismus

**Mensch
Umwelt und
Wirtschaft ins
Gleichgewicht
bringen**

**Zukunftsperspektiven
schaffen!**



Klimahysterie ist die tödliche Vorerkrankung der deutschen Wirtschaft

Sowohl die Energie- als auch die Klimapolitik haben sich bereits vor der Corona-Krise als für die Wirtschaft schädliche, für das Weltklima wirkungslose und für die Menschen unsozial und fatale Abrisspolitik herausgestellt.

Der orientierungslose Blindflug der Bundesregierung im Verlauf der Corona-Pandemie hat als Brandbeschleuniger enorme ökonomische Schäden verursacht, die seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 beispiellos sind:

- bis zu 10 Millionen Menschen in Kurzarbeit
- in vielen Branchen Umsatzeinbrüche von bis zu 90%.
- große Insolvenzwelle rollt auf Deutschland zu und
- mehrere Millionen Bürger an den Rand ihrer Existenz gedrängt

Deutschland als Wirtschaftsstandort ist in Gefahr, da Unternehmen aus der Chemie- und Pharmabranche, der Aluminium- und Stahlherstellung und der Baustoffindustrie aufgrund der hohen Strompreise vermehrt abwandern. Viele hunderttausende Stellen wurden allein über die letzten 3 Jahre abgebaut. Millionen weitere Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Alle sogenannten Klimabeschlüsse und sonstigen ideologischen Irrwege kosten die Gesellschaft, die Unternehmen und die Steuerzahler Geld, was ihnen in der bevorstehenden Rezession bitter fehlen wird.

Die Klimahysterie ist die bedrohlichste wirtschafts- und fiskalpolitische Pandemie der Gegenwart.

Unser Auftrag ist es, das gesellschaftspolitische Immunsystem unseres Landes wieder zu stärken und unseren Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen zu sichern!



INDUSTRY 4.0



Wege aus der Krise

- ✓ Abschaffung CO₂-Steuer
- ✓ Aussetzung jeglicher Strom-Besteuerung zur Senkung des Strompreises auf europäisches Niveau (20 Cent/Kwh)
- ✓ Abschaffung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (Jährliche Entlastung einer 4-köpfigen Familien ca. 1.000 Euro)
- ✓ Beibehaltung eines ausgewogenen Energiemixes (bezahlbaren Strom sichern und Blackout verhindern)
- ✓ Stopp unwirtschaftlicher und umweltschädlicher Windindustrieanlagen
- ✓ Erhalt moderner umweltfreundlicher, abgasarmer Dieselaautos
- ✓ Abschaffung von CO₂-Einsparzielen oder Flottenkennzahlen
- ✓ Stopp von Subvention und Propaganda für schmutzige E-Autos
- ✓ Aufhebung aller Fahrverbote
- ✓ Aufhebung des Ölheizungsverbotes
- ✓ sogenannten „Green Deal“ stoppen
- ✓ Aufhebung aller unsinnigen kommunalen „Klimanotstände“
- ✓ C.A.R.E – Diesel und umweltfreundliche Kraftstoffe fördern



Marc Bernhard
Bundestagsabgeordneter

Verteuerbare Energien: Eine vierköpfige Familie bis 2025 mit über 25.000 Euro belastet

Die sogenannte Energiewende belastet die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit weit über 500 Milliarden Euro, in den letzten Jahren waren das allein für ausgezahlte Subventionen 25 bis 30 Milliarden Euro jährlich.

Jeder Einwohner Deutschlands, vom Kleinkind bis zum Greis, muss bis zum Jahr 2025 direkt oder indirekt über 6.300 Euro für die Energiewende bezahlen. Eine vierköpfige Familie wird also mit über 25.000 Euro belastet. Nach Zahlen der Bundesbank verfügen 40 Prozent der deutschen Haushalte über ein Vermögen von weniger als 31.200 Euro. Mit anderen Worten: Die Energiewende frisst die Ersparnisse der Bürger mit niedrigem oder mittlerem Einkommen auf.

**Die Hälfte der Stromrechnung bezahlen wir nur für
Energiewende – Der Strompreis ist doppelt so hoch wie
in unseren Nachbarländern**

Deutschland hat zwischenzeitlich die höchsten Strompreise der Welt, was die Menschen und Arbeitsplätze in unserem Land enorm belastet.

Viele Unternehmen planen zwischenzeitlich aufgrund des hohen Strompreises und der wirtschaftsfeindlichen Politik in Deutschland die Verlagerung ihrer Produktion und damit der Arbeitsplätze ins Ausland.

Die Verlagerung der Motorenproduktion von BMW und Daimler sind hier nur die Spitze des Eisbergs.

Aufgrund der durch die Regierungspolitik ständig steigenden Strompreise können immer mehr Menschen ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. 400.000 Haushalten wurde deshalb letztes Jahr der Strom abgestellt.



**Menschen und Arbeitsplätze brauchen
bezahlbare Strompreise**

CO₂-Steuer treibt die Bürger in die Armut

Am 1. Januar 2021 haben CDU, SPD und Grüne eine CO₂-Steuer von zunächst 25 Euro pro Tonne CO₂ eingeführt. Bei einer mittleren CO₂-Emission von rund 10 Tonnen pro Kopf wird jeder Bürger dieses Landes, egal ob Säugling oder Greis, mit 250 Euro jährlich zusätzlich belastet.

Vierköpfige Familie zahlt 1000 Euro/Jahr und mehr

Die Steuer wird jedes Jahr steigen. Bis auf 65 Euro pro Tonne im Jahr 2026. Jede Familie muß dann 2.600 Euro pro Jahr indirekt bezahlen.

Was die Bundesregierung in der Diskussion um die CO₂-Steuer aber meist verschweigt, ist die Hebelwirkung dieser Steuer.

CO₂-Steuer ist eine Steuer auf das Leben

Alle Dinge des täglichen Lebens werden teurer, seien es Brötchen, Taschentücher, Smartphones oder schlicht warmes Wasser. Alle Produkte und Dienstleistungen sind mit Energieverbrauch und folglich auch mit CO₂-Emissionen verbunden. In einer hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaft wie der unsrigen verstärkt sich dieser Verteuerungseffekt noch vielfach.

Benzin/Heizöl/Gas Preise steigen um 8 Cent und mehr

		CO ₂ -Steuer beschlossen!	
		So teuer wird Tanken & Heizen:	
		ab 2021	ab 2025
Liter Benzin:		+ 7,0 Cent	+ 15,4 Cent
Liter Diesel:		+ 7,9 Cent	+ 17,3 Cent
Liter Heizöl:		+ 7,9 Cent	+ 17,3 Cent
kWh Erdgas:		+ 0,6 Cent	+ 1,3 Cent

Wohnen wird weiter verteuert

Das Klimapakett führt zu Mehrkosten von 14 Milliarden Euro pro Jahr für Gebäudesanierungen. Der Mieterschutzbund erwartet eine Kostensteigerung in Höhe von 2 Euro pro m² und Monat. Für eine 100m² Wohnung bedeutet dies eine Mieterhöhung von 200 Euro pro Monat.

Politisch erzwungene Elektromobilität vernichtet jeden zweiten Arbeitsplatz in der Autoindustrie



Die Dämonisierung des Autos und der von Regierung und EU forcierte Strukturbruch zur Erzwungung der Elektromobilität sind die Hauptursache für die sich dramatisch verschärfende Krise der deutschen Automobilindustrie und die anrollende Entlassungswelle. Bereits vor der Corona-Krise ging die Regierung davon aus, dass die erzwungene Mobilitätswende mehr als 400.000 Arbeitsplätze in Deutschland kosten wird, allein im Autoland Baden-Württemberg ist jeder zweite Arbeitsplatz im produzierenden Bereich bedroht.

E-Mobilität ist schmutzigste Antriebsart

Die Bundesregierung hat beschlossen, die ökologisch extrem schädliche E-Mobilität (Stichwort: Lithium- und Kobaltgewinnung) zu erzwingen – allein der Aufbau von Ladestationen für Autos und Lastwagen kosten etwa 25 Milliarden Euro. Bis 2030 könnte sich die Rechnung bei Bund und Ländern für den Steuerzahler sogar auf mindestens 120 Milliarden Euro belaufen. Von den massiven Umweltschäden bei der Entsorgung der Batterien ganz zu schweigen.

Corona-Shutdown entlarvt sinnlose Diesel-Fahrverbote

Im Zuge der Corona-Maßnahmen hat sich sehr deutlich gezeigt, dass Diesel-Fahrverbote in deutschen Städten überhaupt nichts bringen:

Während des Shutdowns gab es auf den autofreien Straßen keine Veränderung der Stickstoffdioxid-Werte und die Feinstaub-Werte erhöhten sich sogar.

Die völlig wirkungslosen und ökonomisch extrem schädlichen Diesel-Fahrverbote erweisen sich als beispielloses Lügengebäude.

Sie müssen aus diesem Grund sofort und vollständig aufgehoben werden. Der finanzielle Schaden bei Millionen Dieselbesitzern, die durch die Fahrverbote faktisch enteignet wurden, sowie bei den Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie ist gewaltig.

Der Diesel muss rehabilitiert werden!



„Green Deal“ besiegelt Deutschlands wirtschaftlichen Untergang!

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen will bis 2030 1.000 Milliarden Euro im größtenwahnsinnigen Kampf gegen den „Klimawandel“ innerhalb Europas umverteilen. Bis 2050 sollen es sogar 3000 Milliarden sein und Europa der erste „klimaneutrale“ Kontinent der Welt werden!

Die Welt lacht sich tot über uns

Amerikaner, Chinesen und Inder, alle lachen sich kaputt und freuen sich über die Abwanderung der deutschen Industrie. Mit dem Green Deal sollen aber nicht nur die Vorgaben hinsichtlich der Reduktion des CO₂-Ausstoßes verschärft werden, sondern massive Eingriffe in die Wirtschaft erfolgen. Unternehmen sollen künftig nicht mehr auf finanziellen Erfolg ausgerichtet sein, sondern auf eine politisch normierte, sogenannte „nachhaltige“ Entwicklung:

Egal ob Mobilität, Wohnen, Ernährung oder Bildung, die Kommission plant verpflichtende Vorschriften in jedwedem Bereich. Gefördert werden nur noch die Projekte, die den stets übergeordneten Zielen des „Klimaschutzes“ dienen.

Die Wirtschaft in Europa soll „transformiert“ und zentral gelenkt werden: Die EU entwickelt sich damit zu einer ökosozialistischen Planwirtschaft!

„Green Deal“ ist der Sargnagel unserer Arbeitsplätze

Die gewaltigen Billionensummen müssen von uns Bürgern über Abgaben, Steuern und Preiserhöhungen bezahlt werden.

Insbesondere wir in Deutschland müssen rund ein Drittel der Kosten tragen und werden dadurch massiv weiter belastet.

Im Verkehrssektor wird die E-Mobilitätswende weiter forciert, der Nahverkehr soll komplett emissionsfrei werden. De facto bedeutet dies:

Nur noch Reiche können sich ein Auto leisten

Die Energieversorgung soll vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt werden: Mit noch mehr instabilen, ineffizienten Energien droht Deutschland damit ein Zusammenbruch der Energieversorgung!

Der Green Deal ist keine „neue Wachstumsstrategie“, sondern wird zu massivem Wohlstandsverlust, Stellenabbau und zur Deindustrialisierung Deutschlands und Europas führen!



Mensch, Umwelt und Wirtschaft ins Gleichgewicht bringen. Das schafft Zukunftsperspektiven!

CDU und SPD knüpfen Corona-Wirtschaftshilfen und Subventionen an Bedingungen, wie etwa CO₂-Neutralität oder angebliche Klimaverträglichkeit, das ist unsozial, gefährlich und befeuert das Massensterben deutscher Betriebe weiter.

Die Verschärfung der utopischen Klimaziele in Zeiten eines wirtschaftlichen Einbruchs und Rezession zeugt von völliger Verantwortungslosigkeit. Denn gerade in der Nach-Corona-Zeit mit ihren zu befürchtenden ökonomischen Verwerfungen darf die Volkswirtschaft nicht zusätzlich belastet, sondern muss die wirtschafts- und arbeitsplatzfeindliche Klimapolitik endlich gestoppt werden.

Die Energiepreise müssen wieder auf ein faires Niveau gebracht werden, um den Wirtschaftsstandortfaktor Deutschland international konkurrenzfähig zu machen, Arbeitsplätze zu erhalten und bezahlbar sein. Erfolgreich werden wir dann wieder sein, wenn Mensch, Umwelt und Wirtschaft im Gleichgewicht stehen.



Marc Bernhard MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 (0)30 227 72 135
Fax: +49 (0)30 227 70 135
Marc.Bernhard@bundestag.de

Webseite

@ www.MarcBernhard.de

Soziale Medien

www.facebook.com/MarcBernhardAfD
www.youtube.com/c/MarcBernhardAfD
[Twitter.com/MarcBernhardAfD](https://twitter.com/MarcBernhardAfD)
www.instagram.com/marc_bernhard
t.me/s/MarcBernhard

